

<https://gegen-kapital-und-nation.org/warum-studiengeb%C3%BChren-zwar-dein-studium-aber-nicht-deine-zukunft-ver%C3%A4ndern/>

Warum Studiengebühren zwar dein Studium, aber nicht deine Zukunft verändern

Ein Text von jimmy boyle berlin

Seit das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, dass ein Verbot allgemeiner Studiengebühren verfassungswidrig sei, ist in zahlreichen Bundesländern die Einführung von Studiengebühren und Studienkontenmodellen beschlossene Sache. In Berlin braucht man nur noch die Koalitionsverhandlungen abwarten?

Auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes folgten die obligatorischen, bundesweiten Proteste von immer weniger Studierenden. Der Teil, der bislang kein Problem damit hatte, dass vielen Leuten das Studium faktisch schon immer verwehrt war, bleibt unbeteiligt wie eh und je. Und ein größer werdender Teil arrangiert sich offensichtlich zunehmend mit den Studiengebühren und glänzt auf Vollversammlungen und Aktionen durch Abwesenheit. Studierende, die tatsächlich gegen Studiengebühren protestieren wollen, gibt es kaum noch. Allenfalls bei der konkreten Einführung flammen die Proteste in der einen oder anderen Stadt kurz wieder auf. Die Forderungen der Protestierenden beschränken sich in der Regel auf den vermeintlich hohen Wert „Bildung für alle!“. Dabei vergessen sie geflissentlich, dass die Bildung, die sie meinen, ohnehin bereits jetzt schon die Bildung von einigen wenigen ist, die es überhaupt bis an die Hochschulen geschafft haben. Oder die Gegner der Studiengebühren versuchen ihre kostenlose Ausbildung mit den wertvollen zukünftigen Diensten zu rechtfertigen, die sie für den Standort Deutschland leisten werden, wenn man sie nur lässt. Die Bildungspolitiker, also die Adressaten all dieser wohlgemeinten studentischen Ratschläge, wollen aber partout nicht auf ihr Reform-Programm verzichten.

Was kostet die Welt?

Durch die Studiengebühren will der Staat dafür sorgen, dass der gemeine Student sich einen Fachwechsel sehr stark überlegen und sich um ein zügiges Studium bemühen muss. Für die Prüfungsordnung überflüssige Seminare, am besten noch aus einem benachbarten Studiengang, werden zum Luxus. Abiturienten kennen die neuen verdichteten Studienordnungen in der Regel nicht, das Signal „500 Euro“ kommt aber sicher bei ihnen an. Wer noch nicht genau weiß, was er studieren soll, wird sich nicht einfach irgendwo einschreiben und mal ausprobieren, sondern genau überlegen und ggf. jobbend abwarten. Alle Studierenden werden verstärkt die Kalkulation der Wirtschaftlichkeit zur Grundlage ihrer Überlegungen machen, indem sie spekulieren: Könnten sich die Kosten des Studiums lohnen relativ zu den zukünftigen Berufsaussichten?

Mit den Studiengebühren setzen die Länder negative Anreize in die Welt, das Studium gezielter und schneller anzugehen. Die Studierenden sollen sich eine verdichtete wissenschaftliche Ausbildung zum eigenen Anliegen machen. Dass bei dem Konzept „möglichst viel Stoff in wenig Zeit“ das Wissenschaftliche leiden könnte, ist die Sorge der aktuellen Politik nicht. Das war mal

anders?

Die Freiheit der Wissenschaft

Die Bildungsreformen der 60er und 70er Jahre hatten noch eher den Standpunkt eingenommen, dass man für Wissenschaft Muße braucht und man Erkenntnisse nicht erzwingen kann. Das Studium musste auch damals schon finanziert werden, Wohnung, Essen, Bücher etc. Da den Bildungspolitikern der Akademikerpool zu klein schien, haben sie das BAföG eingeführt, um mehr Leute an die Unis zu holen. Auch diese Unterstützung war zeitlich begrenzt und sorgte für den entsprechenden Anreiz, schnell fertig zu werden. Für alle Studierenden wurden mit Lohnnebenkostenbefreiung und verbilligtem Krankenkassenbeitrag „unterstützende“ Sonderkonditionen bereitgestellt. Die finanziellen Sorgen, die jeden Normalsterblichen umtreiben, wurden nicht abgestellt, aber doch ein wenig gemildert — seinem Studium sollte man sich widmen können. Wer es an die Uni geschafft hatte, dem wurde zugetraut, dass er den richtigen Grad zwischen allgemeiner Bildung und speziellem Wissen in seinem Studium von alleine fand. Deshalb hat sich die Bildungspolitik nicht weiter einen Kopf um die Länge des Studiums gemacht.

„Freiheit der Wissenschaft“ hieß der Leitfaden der Politik und diese war kein humanistisches Bildungsideal, sind doch das Wissen und die Wissenschaftler in der kapitalistischen Gesellschaft für die Umsetzung der „frischen Ideen“ auf Instanzen angewiesen, die das nötige Kleingeld haben. Die Wissenschaft sollte möglichst unbehelligt von den Unternehmenskalkulationen gestaltet werden und ihren eigenen Kriterien folgen, damit sich Staat und Kapital hinterher das raussuchen konnten, was ihnen nützte.

Für einen kapitalistischen Betrieb ist die wissenschaftliche Forschung unkalkulierbar. Neues Wissen lässt sich nicht wie eine neue Produktionsanlage mit Kosten und Output planen. Deswegen gibt es Forschungsabteilungen, wie etwa in der Pharmaindustrie, höchstens ergänzend zu der Forschung an der Universität. Auch der Grad an Allgemeinbildung, auf den die Unternehmen für ihre Innovationen angewiesen sind, wird nicht im Betrieb erlernt. Im Gegenteil passen die einzelnen Unternehmen die beschäftigten Arbeitskräfte immer nur ihren jeweiligen, besonderen Produktionsbedingungen an, verhindern also prinzipiell die im Allgemeinen benötigte Flexibilität. Das einzelne Unternehmen hat kein Interesse daran, seine Angestellten so allgemein zu qualifizieren, dass sie auch noch in anderen Betrieben mit anderen Produktionsanlagen arbeiten könnten. Das gilt für den einfachen Arbeiter genauso gut wie für den Ingenieur. Eigene Kosten für die Konkurrenten aufbringen? Das wäre ja glatt das Gegenteil einer lohnenden Investition.

Der Staat organisiert deshalb für das Kapital ein Bildungswesen getrennt von der Produktion, in dem Schreiben, Lesen und Rechnen bis hin zu allgemeinen Kenntnissen der Technik und der Naturwissenschaften vermittelt werden. Ebenso organisiert der Staat für das Kapital eine Berufsausbildung, welche die allgemeinen Arbeitsfähigkeiten mittels Spezialisierung wieder ein wenig reduziert. Übertreiben will der Staat aber weder bei der allgemeinen Bildung noch bei der besonderen Ausbildung. Die Finanzierung von Wissen, das dann am Ende nicht zur Anwendung kommt, hält er für rausgeschmissenes Geld. Also von wegen, es geht in der Schule und an der Universität um Bildung: Diejenigen, die nicht so schnell den Schulstoff in sich rein kriegen, dürfen ja nicht einfach länger lernen als die anderen. Stattdessen werden die Schüler mittels Prüfungen, Noten und unterschiedlichen Schulabschlüssen einem Ausleseprozess unterzogen, an dessen Ende der Ausschluss vieler von der Möglichkeit eines Studiums steht.

Mehr Effizienz für Deutschland gegen den Rest der Welt

In den letzten zehn Jahren bemühte sich noch jeder Bildungspolitiker, die Universität effizienter zu machen und tat dabei so, als wenn die „Freiheit der Wissenschaft“ eine einzige Fehlplanung gewesen sei. Mit dem gebührenfreien Studium habe man sich lauter Langzeitstudenten gezüchtet. Wenn die überhaupt studierten, dann trieben sie sich angeblich in unnützen Seminaren herum und verloren sich in Stilblüten, die keiner brauchte. Die Studierenden lassen sich doch glatt auch mal Zeit, brüten ein ganzes Semester an einem Thema herum, anstatt weiteres Wissen in sich reinzustoßen. Dabei ist doch die hohe Anzahl von Praktika schon während des Studiums ein einziger Ausweis davon, dass die Studierenden die Differenz von Unialltag und Arbeitsplatz bemerken. Diese freiwillige Anpassung an die Erfordernisse der Arbeitswelt während des Studiums scheint den Bildungspolitikern aber nicht zu reichen.

Die ganzen Geschichten vom lässigen Studenten sind auch nur der Ausdruck eines ganz anderen Problems, das die Politik seit längerer Zeit umtreibt. Das Wirtschaftswachstum lässt zu wünschen übrig. Mehr als 2% hat man lange nicht mehr gesehen. Unter diesem Gesichtspunkt wird die Politik kritisch mit den Bedingungen des Wirtschaftswachstums und da ist die universitäre (Aus-)Bildung eine Abteilung. Vergessen wird daher, dass man mit Hilfe des alten Systems der „Freiheit der Wissenschaft“ Exportweltmeister wurde und die „harte D-Mark“ sein eigen nannte. Heute fragt man sich angesichts der mageren Wachstumszahlen: Wozu braucht man die „Freiheit“, wenn es doch um „Nützlichkeit“ geht — als wenn das je ein Gegensatz gewesen wäre. Mit Hilfe der Studiengebühren sollen die Studierenden auf Trab gebracht werden, damit sie schneller ins Arbeitsleben eintreten und damit dem Kapital länger zur Verfügung stehen. „Humankapital“ für die Standortkonkurrenz, nicht mehr und nicht weniger ist der Zweck der Studiengebühren.

Bildung ist keine Ware - ach was!

Wenn als Argument gegen Gebühren angeführt wird, dass Bildung keine Ware sei, dann zielt der Appell darauf ab, dass die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen Staatsaufgabe bleiben und sich die Ökonomie da heraushalten solle. Man wünscht sich eine gewisse Zeit nicht mit zusätzlichem finanziellen Druck belastet zu sein, damit man sich besser ausbilden (lassen) kann. Man erhofft sich auf diese Weise später, seine Nützlichkeit auf dem Arbeitsmarkt besser beweisen zu können. Damit geben die Gebührengegner zu, dass sie kein Problem haben, sich für Staat und Kapital ausbilden zu lassen.

Quer dazu steht das Ideal, dass darüber hinaus mit dem Slogan „Bildung ist keine Ware“ transportiert wird: Der Staat solle Bildung ganz uneigennützig allen Bürgern zur Verfügung stellen. Der bildungspolitischen Vergangenheit wird dieses Ideal ein bisschen angedichtet. Früher wäre es auch noch nicht erreicht worden, aber immerhin mehr als heute. Die Gebührengegner wollen nicht wahrhaben, dass die Organisation von Allgemeinbildung in Schule und Universität ausschließlich für Staat und Kapital gemacht wird. Deswegen behaupten sie immer einen Gegensatz von Allgemeinbildung und Auslese, der mit der Grundschule beginne und über Numerus Clausus, Bachelor bis hin zum Master nie aufhöre. Dabei gehören sie in der Marktwirtschaft unzertrennlich zusammen.

Auf der anderen Seite übertreiben die Gebührengegner, was die Zukunft angeht. Wenn der Staat Studiengebühren einführt und damit so etwas wie einen Bildungsmarkt simuliert, tut er dies zur Effizienzsteigerung des Ausbildungswesens. Der Staat hat nicht vor, sein Monopol auf die Volksbildung aufzugeben, denn nach wie vor lässt sich durch privates Geschäftsinteresse nicht das Bildungsangebot organisieren, das die Nation braucht. Und mit 500 EUR pro Semester

Zuzahlung durch die Studierenden lässt sich keine Universität wirklich finanzieren.

Das staatliche Jammerlied, dass die Universitäten zu teuer seien, heißt nicht, dass wirklich beabsichtigt wird, direkt Gewinn am Campus zu machen. Es gibt nahezu kein Objekt staatlicher Organisation, welches gewinnbringend ist. Der Staat ist kein Unternehmen, die Politik will keine Gewinne machen, dies ist die Sache der nationalen Privatwirtschaft. Und die will der Staat fördern, indem er in die Bildung investiert. Allerdings: Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag soll stimmen. Anders als für die Studierenden, die jetzt mit 500 Euro weniger im Halbjahr auskommen müssen (wenn sie damit überhaupt Studierende bleiben können), gibt es im Hochschulbereich keine ökonomische Notwendigkeit zu Einsparungen. Der Staat beschließt einfach neue Einnahmen (Steuern), wenn er meint, dass sie gebraucht werden. Welcher Studierende kann das schon? Der Staatshaushalt ist ein in Geld gegossenes politisches Programm. Wenn die Politik Verständnis bei den Betroffenen sucht und nur sagt, dass kein Geld da sei, dann kürzt sie ihren politischen Zweck, die Beförderung kapitalistischen Wirtschaftswachstums, einfach heraus. Auch wenn die Studiengebühren quasi wie eine zusätzliche Steuer dem Staat mehr Geld einbringen, ist die Haushaltslage nicht der Grund, sondern ein Nebeneffekt der Einführung. Die Studiengebühren verdanken sich dem standortpolitischen Willen, die Studierenden schneller für den Arbeitsmarkt zuzurichten.

Vom Nutzen des Protests

Voller Ideale über die vergangene Bildungspolitik wenden sich die Studierenden mit ihren Forderungen ausgerechnet an die Instanz, die ihnen gerade Beine machen will: die Politik. Sie werfen ihr Versagen vor, wo sie einfach unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen da weiter macht, wo sie herkommt. Versagen lässt die Politik sich gerne vorwerfen, weil sie darin den Willen der Studierenden entdeckt, dass der Staat doch eigentlich eine vernünftige Angelegenheit für sie sei. Ein wenig wird mit den Studierenden auf Podiumsdiskussionen diskutiert und zeitgleich setzt die Politik die Gesetze um, mit denen dann alle Studierenden vor der Wahl stehen: Bezahlen oder Exmatrikulation (bzw. gar nicht erst anfangen dürfen). Diese Machtfrage kommt bei vielen Studierenden an. Sie nehmen die veränderte Situation als neue Bedingung für ihre Überlegungen, wie sie in der Marktwirtschaft ihren Schnitt machen können und beschweren sich höchstens noch über die bürokratischen Umstände, die ihnen das Leben dabei schwer machen.

An vielen Studiengebühr-Protesten kann man sehen, wie gut die Ausbildung zu Staatsbürgern funktioniert. Wenn Studierende:

- sich als Gesprächspartner andienen, die nur in den Dialog mit einbezogen werden wollen und nur deswegen protestieren;
- als einziges Argument gegen Studiengebühren eine geringere Effizienz ihres Studiums durch zusätzliche Erwerbsarbeit anführen können;
- generell nicht viel gegen Studiengebühren hätten, würden diese nur der Universität zufallen und in bessere Ausbildungsmittel gesteckt werden;

So argumentieren sie entsprechend dem Interesse, dass der Staat bereits sowieso an ihnen hat und auch gegen sie durchsetzt: ihrer Nützlichkeit. Zudem verkünden sie damit ihren Anspruch die besseren Verwalter des nationalen Wohls zu sein und bieten als solche ganz ungefragt Vorschläge zur Verschlechterung der Situation der Studierenden an.

Die Aufregung über die Verschlechterung von Studienbedingungen führt nie dazu, sich mal einen Kopf um den Laden zu machen, in dem man sich bewegt. Bei den Protesten will keiner Zeit zum

Nachzudenken investieren, weil jetzt Aktion ansteht. Und ist die Verschlechterung umgesetzt, hat man sich schnell dran gewöhnt — Wissen über die Funktion des Universitätsbetriebs für die kapitalistische Gesellschaft wird auch dann für nutzlos befunden. Bis dann die nächste Aufregung kommt, aber dann hat wieder keiner Zeit nachzudenken, von wegen Aktion usw. usw. Wer auf diesen Zirkel keine Lust hat, dem empfehlen wir dringend mal auf einem Seminar bei uns vorbeizuschauen.

Dieser Text entstand 2006. Er wurde im Sommer 2007 im Zusammenhang mit der Unibroschüre "Texte gegen den Wissenschaftsbetrieb" von der Gruppe jimmy boyle veröffentlicht. Du kannst [die Broschüre hier als pdf\[195kb\]](#) herunterladen.